

Stadtpunkte

6/7|22



IM FOKUS

Gemeinsam gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Krisenfolgen dämpfen

Land soll die Verteilung Geflüchteter besser planen

Städte wollen Klarheit: Wie geht es mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht weiter?

Bundesregierung will mehr Trinkbrunnen in Städten

AUS DEN STÄDTEN

Bochumer Projekt macht Regenwasser nutzbar und vermeidet Abwasser

FACHINFORMATIONEN

KALEIDOSKOP

GERN GESEHEN

Iserlohn – Die Waldstadt



Auch der Verbrauch von Strom wird teurer (Foto: AdobeStock)



Gemeinsam gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Krisenfolgen dämpfen

Die Städte in Nordrhein-Westfalen blicken mit Sorge auf die drastischen Folgen der Energiekrise. Sie fordern das Land auf, gemeinsam mit dem Bund die Stadtwerke abzusichern. Außerdem sollte das Land zügig mit Bund und weiteren Ländern über ein Nachfolgemodell für das 9-Euro-Ticket verhandeln und mit eigenem Beitrag mitfinanzieren.

Der Vorsitzende des Städtetages NRW, der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen, sagte nach einer Vorstandssitzung: „Die steigenden Energie- und Verbraucherpreise spüren wir alle. Gerade Bürgerinnen und Bürger mit geringen und mittleren Einkommen kommen an ihre finanziellen Grenzen.

Viele schränken sich bereits ein oder müssen an ihr Erspartes ran. Der Druck auf unsere Gesellschaft und die Wirtschaft wächst. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird in den nächsten Wochen auf eine harte Probe gestellt, dieses Netz darf nicht auseinanderreißen.“

Das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung werde helfen, manche Überforderung abzufedern: die Wohngeldreform, die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, die Einmalzahlungen für Rentnerinnen und Rentner sowie das erhöhte Kindergeld seien richtige Maßnahmen.

Strom- und Gaspreisbremse geeignet

Die Bundesregierung plant eine Strompreisbremse mit einem festen Strompreis für den Basisverbrauch gekoppelt mit dem Ziel, Übergewinne zu verhindern und gezielt abzuschöpfen.

Dazu sagte Kufen: „Die Strompreisbremse kann ein wirksamer Weg sein. Jetzt muss es schnell konkreter werden. Für die Energieversorger und Netzbetreiber ist es entscheidend, dass eine Strompreisbremse einfach umsetzbar ist. Wir könnten uns gut auch eine Gaspreisbremse vorstellen. Denn sie würde nachhaltig die Preise senken und damit auch die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und auch der Städte mindern.“ Eine Gaspreisbremse sollte zeitlich befristet und praktisch umsetzbar sein. Die geplante Expertenkommission muss rasch zu Ergebnissen kommen.

Stadtwerke absichern

Für die Stadtwerke wachsen die Risiken durch die drastisch gestiegenen Energiepreise. Wenn Stadtwerke ins Straucheln geraten, hängen alle Leistungen der Daseinsvorsorge dran, wie Wasser, Abwasser, Müllentsorgung und ÖPNV. Kufen sagte: „Wir können nicht verstehen, dass die Stadtwerke weder mit einem Rettungs-

schirm noch mit einem Insolvenzmoratorium abgesichert werden. Den Stadtwerken drohen hohe Zahlungsausfälle, wenn sich die Endkunden, Handwerksbetriebe oder Unternehmen Strom und Gas nicht mehr leisten können. Hier müssen sich Bund und Land bewegen. Betroffene Stadtwerke brauchen Liquiditätshilfen. Und die Gasumlage muss nachgebessert werden. Sie muss auch für Festpreisverträge und Fernwärme gelten.“

Nachfolgemodell für 9-Euro-Ticket und ÖPNV-Investitionen

Die Städte unterstützen die Pläne für ein Nachfolgemodell des 9-Euro-Tickets. „Das Land ist hier in der Pflicht, zügig mit dem Bund und den anderen Ländern zu verhandeln. Die 1,5 Milliarden Euro des Bundes werden bei Weitem nicht reichen. Die Länder müssen sich mindestens in gleichem Umfang an den Kosten beteiligen.

Und klar muss sein: Eine Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket darf auf keinen Fall die Investitionen in Busse und Bahnen ausbremsen. Im Gegenteil. Bund und Land müssen ihre Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr massiv erhöhen. Denn die Qualität des Angebots muss stimmen. Sonst bleibt die Verkehrswende auf der Strecke.“

Titelfoto: Neue Bus und Radspur in Bonn

In der Stadt Bonn gibt es nach der Sanierung der als Ost-West-Achse wichtigen Oxfordstraße mehr Platz für Busse und Fahrräder. Dafür wurden der Verkehrsraum neu aufgeteilt und Umweltpuren, Radfahrstreifen und geschützte Radfahrstreifen geschaffen. Sie sollen den Radverkehr sicherer machen und den Busverkehr beschleunigen.

(Foto: Sascha Engst/Bundesstadt Bonn)

Land soll die Verteilung Geflüchteter besser planen

Der Städtetag NRW appelliert an das Land, sich im anstehenden Herbst und Winter auf mehr Geflüchtete einzustellen und Kapazitäten zur Unterbringung aufzustocken. Außerdem müssen Flüchtlinge fair auf alle Kommunen verteilt werden. Der Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Kufen aus Essen, sagte:

„Wir Städte in NRW helfen weiter mit ganzer Kraft, um den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine das Ankommen in Sicherheit zu erleichtern. Wir sorgen für Unterkünfte, Kita- und Schulplätze. Bereits jetzt sind in NRW 200.000 Menschen aus der Ukraine angekommen, mit Einbruch von Herbst und Winter rechnen wir mit weiter steigenden

Zahlen. Etwa zwei Drittel dieser Menschen müssen die Kommunen in Wohnungen, Hotelzimmern oder Sammelunterkünften unterbringen. Das ist angesichts der Wohnungsmarktlage in vielen Städten eine echte Herausforderung.

Gleichzeitig steigen die Flüchtlingszahlen aus anderen Herkunftsländern. In NRW werden dieses Jahr voraussichtlich über 40.000 Menschen einen Asylantrag stellen und von den Kommunen mit Unterkunft und Verpflegung versorgt werden. Das wären mindestens 25 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Wir gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Deshalb müssen wir uns jetzt in NRW auf mehr Geflüchtete vorbereiten.

Dafür muss das Land seine Hausaufgaben machen: Erstens muss das Land schnellstmöglich die Kapazitäten in den eigenen Landeseinrichtungen aufstocken, denn schon jetzt müssen einige Kommunen bereits wieder Turnhallen mit Flüchtlingen belegen. Eine Erstaufnahme durch das Land würde auch helfen, um endlich für eine gerechte Verteilung der ukrainischen Geflüchteten auf alle Kommunen zu sorgen. Zweitens müssen wir wissen, wie viele Unterbringungsmöglichkeiten wir zusätzlich in den Städten vorhalten sollen. Hierfür benötigen wir verlässliche Zahlen zu Kapazitäten und Aufnahmemöglichkeiten. Drittens muss das Land endlich zusichern, die Kosten für diese vorsorglich geschaffenen Plätze und Notunterkünfte zu übernehmen.

Alle Geflüchteten brauchen unsere Unterstützung bei den vielen Themen der Integration. Um diese Aufgaben schultern zu können, erwarten die Städte eine faire Verteilung der Geflüchteten. Ein erster Schritt dafür ist die Wiederaufnahme der Ukrainerinnen und Ukrainer in die Flüchtlingsstatistik.“



Leuchttafel mit Informationen für Ukraine-Geflüchtete (Foto Achim Wagner stock.adobe.com)

Städte wollen Klarheit: Wie geht es mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht weiter?



Muss bei Neueinstellungen im Gesundheitswesen auch künftig eine Impfung nachgewiesen werden
(Foto Benedikt stock.adobe.com)

Nur noch bis zum 31. Dezember gelten die aktuellen Regelungen für die einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Ohne erneute Beschlüsse der Politik, fällt sie ab Januar 2023 automatisch weg. Das ist für die Städte nicht unproblematisch, erläuterte der Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Kufen. Gegenüber der Rheinischen Post sagte er am 12. September:

„Die Städte verlangen von Land und Bund eine schnelle Entscheidung, wie es mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht weitergeht. Die jetzigen Regelungen laufen zum Ende des Jahres aus. Je mehr sich das Jahresende nähert, umso fraglicher ist beispielsweise, ob Betretungsverbote für die Beschäftigten noch angemessen sind. Für Menschen, die neu im Gesundheits- und Pflegebereich

eingestellt werden, wollen die Städte, dass die Impfpflicht vor dem Berufseinstieg weiterhin bestehen bleibt. Damit würde in diesen sensiblen Tätigkeitsfeldern die Anzahl der Beschäftigten steigen, die bereit sind, sich und andere mit neuen Impfstoffen zu schützen. Das ist wichtig, denn das wiederholte Impfen wird auch angesichts künftig auftretender gefährlicherer Virusvarianten des SARS-CoV-2-Virus wichtig bleiben.“

Hintergrund: Trotz hoher Impfquote in NRW sind von einigen Impfpflichtigen bislang keine Nachweise über den vollständigen Impfschutz oder eine Kontraindikation vorgelegt worden. Die Gesundheitsämter mussten in diesen Fällen Verwaltungsverfahren in die Wege leiten, an dessen Ende ein Tätigkeits- und Betretungsverbot stehen kann.



Trinkwasserbrunnen wie diesen soll es bald viel häufiger in Städten geben (Foto: Spuno stock.adobe.com)

Bundesregierung will mehr Trinkbrunnen in Städten

Die Bundesregierung möchte, dass an mehr öffentlichen Orten, Wasserspender und Trinkbrunnen zugänglich sind. Für eine bessere Hitzevorsorge seien in einem ersten Schritt etwa 1.000 Brunnen mehr nötig, als die aktuell gut 1.300 bestehenden. Der Zugang zu Trinkwasser müsse für alle Menschen so einfach wie möglich sein, äußerte sich Bundesumweltministerin Steffi Lemke. Zu dem Gesetzentwurf sagte Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW, gegenüber der Deutschen Presseagentur (dpa).

„Wasser gehört ins Stadtbild. Es bedeutet Lebensqualität. Die Städte unterstützen das Ziel, Trinkwasser an mehr öffentlichen Orten frei zugänglich zu machen. Viele Städte bauen und betreiben bereits öffentliche Trinkbrunnen und Trinkwasserstellen. Denn sie sind ein wichtiger Beitrag, um die Gesundheit der Menschen bei Hitze besser zu schützen. Dieser Trend wird sich durch das neue Wasserhaushaltsgesetz des Bundes und das eigene Engagement der Kommunen verstärken. Wo und welche Trinkwasseranlagen sinnvoll sind, können die Städte vor Ort

am besten entscheiden. Es ist gut, dass der Bund dieses flexible Handeln vorsieht.

In vielen Städten können die Bürgerinnen und Bürger ihre Trinkflaschen bereits an öffentlichen Refill-Stationen in Museen und Bibliotheken füllen. Und auch an vielen Schulen gibt es Trinkwasseranlagen. Daneben wächst die Zahl der Trinkwasserbrunnen in Parks und Fußgängerzonen. Wir wollen mehr Trinkwasserstellen in den Städten schaffen. Sie werden nicht nur in Hitzeperioden gute Dienste leisten.

Bisher wird der Aufbau und laufende Betrieb der Brunnen von den Städten oder ihren Wasserversorgern finanziert. Das Land NRW hat das Aufstellen von Trinkwasserbrunnen in den vergangenen zwei Jahren mit dem Förderprogramm „Klimaresilienz in Kommunen“ gefördert. Wir erwarten, dass das Land diese Förderung fortführt. Vorsorge gegen Hitze und ein besserer Schutz gegen die Folgen des Klimawandels sind gemeinsame Ziele. Sie sollten deshalb auch gemeinsam von Bund, Land und Städten realisiert werden.“

Bochumer Projekt macht Regenwasser nutzbar und vermeidet Abwasser

Über ein Jahrhundert lang dienten die Emscher und ihre Nebenläufe wie der Grummer Bach als offene Abwasserkanäle. Köttelebecken wurden diese Kanäle im Ruhrgebiet umgangssprachlich genannt. Nun fließt das Schmutzwasser in diesem Bereich dort, wo es hingehört: in unterirdischen Abwasserkanälen. Die Stadt Bochum und die Emschergenossenschaft haben in enger Partnerschaft einen weiteren wichtigen Schritt für das wertvolle Gut Wasser vollendet: den Stauraumkanal Bergstraße mit Anschluss an die Kanalisation und die Sanierung der Abwasserkanäle in der Bergstraße, Grummer Straße sowie „In der Röttgersbank“.

„Jetzt kommen Niederschläge wieder den natürlichen Gewässern in der Gegend zugehen und verschwinden nicht ungenutzt in der Kanalisation“, erklärt Bochums Bau- und Umweltdezernent Dr. Markus Bradtke.

So funktioniert ein Stauraumkanal: Bei starken Niederschlägen wird das Mischwasser zunächst „angehalten“ und beruhigt. Dabei kommt das physikalische Gesetz der Schwerkraft zum Tragen: Die schwereren Schmutzsedimente setzen sich nach unten ab und können gedrosselt durch eine Ableitung in den Abwasserkanal und anschließend zur Kläranlage transportiert werden. Das oben schwimmende, weitestgehend saubere und nicht-klärfähige Regenwasser dagegen kann nach Erreichen einer bestimmten Menge und Höhe über eine sogenannte Entlastungsschwelle ins Gewässer „schwappen“. Der neue Stauraumkanal Bergstraße ist 142,50 Meter lang und kann 1.250 m³ Wasser speichern. Mithilfe der Regenwasserbehandlungsanlage erhalten der Grummer Bach und die

Teiche also weitestgehend sauberes und nicht-klärfähiges Wasser, während die Abwasserkanäle und insbesondere die Kläranlagen entlastet werden. „Sauberes Wasser muss nicht unnötig in der Kläranlage gereinigt werden. Die Regenwasserbehandlung ist daher nicht nur ökonomisch äußerst sinnvoll, sondern auch ökologisch“, betont Prof. Dr. Uli Paetzel, Vorstandsvorsitzender der Emschergenossenschaft.

Bisher ist dieser Sommer wieder zu trocken – wie bereits auch die vergangenen sechs Jahre in Folge zu trocken waren. Das Resultat sind niedrige Wasserstände und eine Tier- und Pflanzenwelt, die sich an die neuen Bedingungen anpassen muss, um zu überleben. Dank des Stauraumkanals gelangt nun Regenwasser in den Bach und in die Teiche. Das hilft den Gewässern sowie der Flora und Fauna, die Folgen des Klimawandels besser zu bewältigen.

Neben Hitze und Trockenheit sind Starkregenereignisse, wie sie im vergangenen Jahr aufgetreten sind, eine weitere Folge des Klimawandels. „Der Stauraumkanal erfüllt hier eine wichtige Funktion: Bei Starkregen entlastet er die Abwasserkanäle und hilft, Hochwasser abzuschwächen oder gar ganz zu vermeiden“, erklärt Dr. Emanuel Grün, Technischer Vorstand der Emschergenossenschaft.

Verdunstung sorgt für Abkühlung

Auch die Menschen gewinnen dank der abgeschlossenen Baumaßnahme in vielerlei Hinsicht. Das zurückgehaltene Wasser verdunstet zum Teil und kühlt damit bei heißen Temperaturen die Umgebung ab. Stadt und



Fertiger Stauraumkanal Bergstraße in Bochum. Stauraum bietet ökologische und ökonomische Vorteile – Dr. Emanuel Grün (technischer Vorstand der Emschergenossenschaft), Dr. Markus Bradtke (Bau- und Umweltsdezernent der Stadt Bochum) und Prof. Dr. Uli Paetzel (Vorstandsvorsitzender der Emschergenossenschaft). (© Stadt Bochum)

Emschergenossenschaft haben gemeinsam 140 Sträucher gepflanzt, um den Grünbereich rund um den Stauraumkanal für Erholungssuchende aufzuwerten, die hier Spaziergehen oder per Rad unterwegs sind. Außerdem wurde eine Querungshilfe in Höhe des Constantin-Teiches gebaut, um die Überquerung der Bergstraße sicherer zu gestalten.

Die Arbeiten an der gemeinsamen Baumaßnahme haben 15 Monate gedauert und damit etwa ein halbes Jahr kürzer als geplant. Insgesamt wurden bei dem Projekt sechs Millionen Euro investiert – 2,5 Millionen von der Stadt und 3,5 Millionen Euro von der Emschergenossenschaft.

Die Emschergenossenschaft

Die Emschergenossenschaft ist ein öffentlich-rechtliches Wasserwirtschaftsunternehmen, das als Leitidee des eigenen Handelns das Genossenschaftsprinzip lebt. Sie wurde 1899 als erste Organisation dieser Art in Deutschland gegründet und kümmert sich seitdem unter anderem um die Unterhaltung der Emscher, um die Abwasserentsorgung und -reinigung sowie um den Hochwasserschutz.

www.eglv.de

Positionspapier: Anforderungen an ein neues Kinderbildungsgesetz

Das Positionspapier greift neben der immer weiter drängenden Fachkräfteproblematik die Finanzierungsstruktur des Kinderbildungsgesetzes auf. Es umfasst zudem sechs Kernbotschaften, die in einen Diskussionsprozess um ein neues Kinderbildungsgesetz (KiBiz) einfließen sollen.

https://www.staedtetag-nrw.de/files/nrw/docs/Publikationen/Weitere_Publikationen/positionspapier-kinderbildungsgesetz-nrw-2022.pdf



Geschäftsbericht 2022

Die Schwerpunkte der Arbeit des Städtetages NRW für die Jahre 2020 und 2021, darunter Lockdown und Corona-Hilfen, Impfen und Boostern und weitere Folgen der Covid-19-Pandemie stehen im Mittelpunkt des Geschäftsberichts 2022. Hinzu kommen die großen Transformationsprozesse wie Digitalisierung, Klimaschutz und Klimaanpassung und der Wandel der Innenstädte.

<https://t1p.de/GB-STNRW2022>



Gutachten zu Tourismus und Klimawandel in NRW

Wie können sich Hotels und Gaststätten fit für die Zukunft machen angesichts des Klimawandels und der Pandemiefolgen? Wie kann Digitalisierung dabei unterstützen? Wie muss die touristische Infrastruktur angepasst werden? Antworten auf diese Fragen und neue Impulse soll ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten geben.

<https://www.wirtschaft.nrw/tourismus-in-nrw>



World Robot Olympiad in Dortmund

Vom 17. bis 19. November findet in Dortmund das Weltfinale der WRO 2022 statt. In dem internationalen Roboterwettbewerb für Kinder und Jugendliche von 8 bis 19 Jahren treten in vier Kategorien selbstgebaute und programmierte Roboter gegeneinander an.

<https://www.worldrobotolympiad.de>

Mitfahren per APP in und um Bonn

Mitfahrgelegenheiten auch auf kurzen Strecken finden und das Klima schonen. Das sind Ziele rund um die App goFlux. Sie richtet sich an Pendlerinnen und Pendler und Menschen, die eher kurze Strecken nutzen und ist verzahnt mit ÖPNV-Angeboten in Bonn.

www.goflux.de



(Foto: Zoo Duisburg S. Gräfen)

Delfinnachwuchs im Duisburger Zoo

Duisburgs Delfinfamilie hat Zuwachs bekommen. Am 4. September brachte die sechsjährige Debbie, selbst in Duisburg geboren, ein männliches Jungtier zur Welt. Die Aufzucht von Großen Tümmlern ist nicht leicht. Die Jungtiere kommen ohne ausreichendes Immunsystem auf die Welt.

www.zoo-duisburg.de



(Fotos: Stadt Iserlohn)

Iserlohn – Die Waldstadt

Wer zum ersten Mal in Iserlohn ist, nimmt sicherlich wahr, dass die Stadt durch einen hohen Anteil an Grün geprägt ist. Es sind fast 75 Prozent. Viele Bürgerinnen und Bürger sprechen deswegen liebevoll von ihrer "Waldstadt".

Einer meiner Lieblingsplätze in Iserlohn ist sicherlich der Stadtwald mit dem vermutlich bekanntesten Wahrzeichen der Stadt, dem Danzturm. Während der Pandemie war deutlich zu spüren, dass die Iserlohnerinnen und Iserlohner den Wald häufiger aufgesucht haben, um in der Natur Ablenkung von den anhaltenden negativen Schlagzeilen und Erlebnissen zu finden.

Leider haben auch Iserlohns Wälder unter den Trockenphasen der vergangenen Jahre

und dem Borkenkäferbefall gelitten. Hier gilt es Überlegungen anzustellen, wie zukünftig mit derartigen Ereignissen umzugehen ist, um den Schaden so gering wie möglich zu halten.

Wir brauchen den Wald. Und der Wald braucht uns. Er braucht Menschen, die seine Leistungen erkennen und sich für seinen Schutz einsetzen. Nur so kann er mitsamt seinen Reichtümern auch kommenden Generationen erhalten bleiben. Und das wünsche ich mir für unsere Waldstadt.

Michael Joithe
Bürgermeister
der Stadt Iserlohn



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Daniela Schönwälder,
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,
Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, September 2022